

November 25, 1991

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with the
President of Bosnia-Herzegovina, Mr. Alija
Izetbegovic, Bonn, 22 November 1991, 12.00 - 13.10
Hours**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with the President of Bosnia-Herzegovina, Mr. Alija Izetbegovic, Bonn, 22 November 1991, 12.00 - 13.10 Hours", November 25, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59747, 62-68. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. ,
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300153>

Summary:

Kohl and Izetbegovic discuss the Yugoslavia War, EC sanctions, the potential extension of the war including Bosnia-Herzegovina as well as ideas for a "Marshall Plan" after the end of the war.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

Abteilungsleiter 2
MDg Dr. Kaestner, 2210

Bonn, den 25. November 1991

52

61

Über
Herrn Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Bundeskanzler

27. NOV. 1991
fr 29/11

no.



Betr.: Ihr Gespräch mit dem Präsidenten von Bosnien-Herzegowina, Alija
Izetbegovic

Bonn, 22. November 1991, 12.00 bis 13.10 Uhr

Anlg.: - 1 -

Hartmann

Hiermit lege ich mit der Bitte um **Genehmigung** einen Vermerk über das o.a.
Gespräch vor.

Zugleich erbitte ich Ihre **Zustimmung**, daß BM Genscher, der an dem
Gespräch teilgenommen hat, Durchdruck des von Ihnen gebilligten Vermerks
zur persönlichen Unterrichtung erhält.

fr

Hartmann

(Dr. Hartmann)

62
83

Gruppenleiter 21
MDg Dr. Kaestner, 2210

Bonn, den 25. November 1991

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten von
Bosnien-Herzegowina, Herrn Alia Izetbegovic
Bonn, 22. November 1991, 12.00 bis 13.10 Uhr

Gesprächsteilnehmer

auf deutscher Seite:

Bundeskanzler
Bundesminister Genscher
MDg Dr. Kaestner (Note-taker)
Herr Lohner (Dolmetscher)

auf bosnischer Seite:

Präsident Alia Izetbegovic
Außenminister Dr. Haris Silajdzic
Herr Dr. Smail Balic (Dolmetscher)

Der Bundeskanzler begrüßt Präsident Izetbegovic - seine **Lebenslauf** sei bemerkenswert, weil er schon in jungen Jahren für seine Überzeugungen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden ist.

Präsident Izetbegovic (I.) bestätigt, daß er mit 21 Jahren zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden sei, davon drei Jahre abgesessen habe, später in den 1980er Jahren zu 14 Jahren verurteilt und davon sieben Jahre abgesessen habe.

Der Bundeskanzler bemerkt, daß der Präsident denselben Geburtsjahrgang habe wie sein im Zweiten Weltkrieg gefallener Bruder. Er - BK - habe geglaubt, daß derartig schreckliche Dinge in Europa nicht mehr geschehen könnten.

I. erwidert, bereits jetzt geschähen schlimme Dinge und möglicherweise komme es noch schlimmer.

...

- 2 -

63
SK

Gestern habe er mit Cyrus Vance, dem Sonderbeauftragten des VN-GS für Jugoslawien, gesprochen. Wenn dessen Bemühungen erfolgreich seien und die **Vereinten Nationen Friedenstruppen** entsenden würden, habe man Grund zur Annahme, daß es besser werde. Er stimme mit Vance überein, daß vorrangig die Einstellung der Kämpfe sei. Vance, der hierzu optimistisch sei, werde in diesen Tagen erneut versuchen, die kriegführenden Parteien zusammenzubringen und zum Waffenstillstand zu bewegen.

Er habe von Anfang an darauf bestanden, daß Blauhelme auch in Bosnien-Herzegowina (B-H) stationiert würden - und bitte die deutschen Freunde, ihn in diesem Anliegen zu unterstützen.

Denn obwohl in B-H noch kein Krieg herrsche, könne es jeden Augenblick losgehen. Wenn dies geschehe, gebe es eine schreckliche Katastrophe, der gegenüber das, was heute in Kroatien geschehe, ein Kinderspiel wäre. In B-H gebe es keine Minderheiten, sondern drei verschiedene Nationalitäten mit drei verschiedenen Religionen. Was drohe, sei deshalb ein ethnischer und zugleich Religionskrieg mit unheilvollen Konsequenzen. Deshalb sei es dringend notwendig, dieser Möglichkeit durch Entsendung eines machtvollen Blauhelm-Kontingents einen Riegel vorzuschieben.

Er habe im übrigen erfahren, daß gewisse Tendenzen bestanden und noch fortbestehen, B-H zwischen Serben und Kroaten aufzuteilen. Er bitte dringend darum, daß die Europäer sich klar dagegen aussprechen.

BM Genscher wirft ein, wir hätten den Kroaten von Anfang an mit aller Deutlichkeit gesagt, daß sie auf unsere Unterstützung rechnen könnten, jedoch nicht, wenn sie andere Republiken aufteilen wollten.

Der Bundeskanzler bekräftigt, dies habe er auch Präsident Tudjman in den letzten persönlichen Gesprächen unmißverständlich zur Kenntnis gebracht.

I. begrüßt dies sehr, weist aber darauf hin, daß der "Appetit" auf Aufteilung fortbestehe und bittet, diese dezidierte deutsche Haltung bei jeder Gelegenheit zu wiederholen.

Der Bundeskanzler sagt dies zu. Er fragt, wie I. selbst eine Lösungsmöglichkeit sehe.

I. erwidert, daß die von Lord Carrington auf der Haager Friedenskonferenz vorgelegte Plattform die **Grundlage für eine Lösung** sein könne. Er selbst habe zusammen mit dem Präsidenten von Mazedonien, Gligorow, einen ähnlichen Vorstoß unternommen. Kernstück sei die Achtung der bestehenden Grenzen. Auch solle nach dem Carrington-Plan ein lockerer jugoslawischer Staatsverband erhalten bleiben.

Der Bundeskanzler bezweifelt, daß eine derartige Gemeinschaft noch zustande kommt, die Slowenen würden auf keinen Fall mitmachen.

I. verdeutlicht, das eigentliche Problem sei Kroatien. Man solle ihm gut zureden, einen derartigen lockeren Verband wenigstens einstweilen zu akzeptieren, weil anders das Problem der serbischen Minderheit in Kroatien nicht entschärft werden könne.

Wenn hingegen die Kroaten Jugoslawien definitiv verließen, ergebe dies nicht nur größte Schwierigkeiten mit den verbleibenden Minderheiten, die übrigbleibenden vier Republiken selbst seien dann verurteilt, unter serbischer Hegemonie zu leiden. Ein derartiges Restjugoslawien sei praktisch Groß-Serbien. Es gebe also keine Alternative, als daß die Kroaten "bei uns bleiben".

Nicht auszuschließen sei allerdings, so I. weiter, daß auch Mazedonien ausscheide, dann wäre die Lage für B-H noch schlimmer. Seine Republik selbst habe sich kürzlich mit zwei Dritteln der Abgeordnetenstimmen für Souveränität ausgesprochen - die Serben hätten dagegen gestimmt. B-H wolle jedoch nicht den Weg in die volle Unabhängigkeit gehen, andererseits aber auch nicht in einem Staatsverband bleiben, in dem eine Nation die anderen bedrohe. Dies sei eine fatale "Umschlingung", aus der man allein nicht herauskomme.

I. bezeichnet sodann die **EG-Sanktionen** als notwendig und unvermeidlich, um den Krieg zu stoppen. Er bitte jedoch die Bundesregierung dringend, sich für den Schutz derjenigen Republiken einzusetzen, die am Ausbruch des Krieges nicht schuld seien und sich an den Kämpfen nicht beteiligten. Diese Republiken müsse man im Gegenteil noch mehr unterstützen. Sein mazedonischer Kollege und er selbst hätten bereits entsprechende Anträge bei der EG gestellt.

- 4 -

65

B

BM Genscher erwidert, bei der Sitzung der EG-AM am 2./3. Dezember werde über **positive Maßnahmen** zugunsten der kooperierenden Republiken entschieden werden.

I. zeigt sich erleichtert, bittet aber noch einen Schritt weiterzugehen und diese Republiken nachhaltig zu unterstützen. Es gehe nicht nur um das wirtschaftliche Überleben. Bedroht sei auch der Demokratisierungsprozeß, der durch massive soziale Unzufriedenheit unterminiert werden könnte. Wenn dies eintrete, seien die Sanktionen im Endeffekt eine Stärkung des alten Systems, des Kommunismus! (I. erläutert sodann den Stand der Demokratisierung in B-H, wobei er die Unabhängigkeit der Medien hervorhebt. Demgegenüber trage die in den serbischen und kroatischen Medien praktizierte Zensur und Indoktrinierung der Bevölkerung wesentlich dazu bei, den Radikalismus zu schüren und den extremen Gruppen Zulauf zu verschaffen.)

B-H habe sich für neutral erklärt - und dies entspreche auch der Haltung der Bevölkerung. Man schicke keine Soldaten nach Serbien, allerdings ziehe die JVA aus den serbischen Bevölkerungsgebieten Leute ein, einige meldeten sich auch freiwillig.

I. bittet abschließend dringend um **Medikamentenhilfe** der europäischen Länder, weil die innerjugoslawische Versorgung zusammengebrochen sei.

Der Bundeskanzler erwidert, hinsichtlich der "postiven Maßnahmen" könne I. davon ausgehen, daß die EG-AM am 2. Dezember eine Entscheidung treffen würden. Die Argumente B-H's würden dabei in die Überlegungen einbezogen.

Hinsichtlich der Bemühungen von Cyrus Vance hoffe er - wie I. - auf Erfolg; wir würden auch unsererseits in jeder möglichen Weise hilfreich sein.

BM Genscher erläutert, wir hätten eine Sitzung des VN-Sicherheitsrates beantragt, die entweder am 22. oder 25. stattfinden werde.

Der Bundeskanzler fährt fort, er habe volles Verständnis für die Haltung I.'s. Wir unterstützten keine Politik, die darauf abziele, Grenzen hin und her zu verschieben. Das Problem zwischen Serbien und Kroatien sei auch nicht dadurch zu lösen, daß man ein drittes Land aufteile. Er selbst

...

sage allen Gesprächspartnern aus der Region, daß die Anerkennung der bestehenden Grenzen, der Minderheitenrechte und der weiteren Prämissen, die I. genannt habe, unumgänglich sei. Wir wollten im übrigen gerne hilfreich sein, wenn es überhaupt noch eine Möglichkeit gebe, Kroaten und Serben zusammenzubekommen - allerdings sehe er gerade nach den Geschehnissen dieser Tage (Fall Vukovar) die ungeheueren psychologischen Schwierigkeiten.

In der Bundesrepublik Deutschland, in der 700.000 Jugoslawen, darunter 500.000 Kroaten lebten, sei das Thema - anders als in manchen Ländern der EG - jeden Tag präsent. Die Bundesregierung werde mit emotionalen Argumenten gedrängt, etwas zu tun. Dagegen stehe aber die psychologische und historische Situation: Die Jahre 1919 und 1941 dürften sich nicht wiederholen.

Der Bundeskanzler fragt I. nach seinen Kontakten mit den Präsidenten **Tudjman und Milosevic.**

I. erwidert, er sehe sie von Zeit zu Zeit im Rahmen von Tagungen, nicht bilateral. Die Kontakte seien wenig produktiv. Mit Milosevic sei ein Gesprächskontakt sehr schwer herzustellen. Er habe seine Pläne, die er - koste was es wolle - durchsetze.

Andererseits sei auch Präsident Tudjman nicht ganz aufrichtig. Er sei - offen gesagt - nicht gut genug geschliffen, um schwerwiegende politische Fehler zu vermeiden.

Der Bundeskanzler pflichtet lebhaft bei.

I. fährt fort, Tudjman habe auch keine klare Vision; vielmehr habe er - I. - den Eindruck, daß Tudjman immer stärker unter den Einfluß extremer Elemente gerate. Selbst wenn man deren Einfluß realistisch einschätze, so hätten die Dinge doch nicht den schrecklichen Verlauf nehmen müssen, der sich jetzt abzeichne. Aber die Geschichte kenne keine Experimente, gebe keine zweite Chance.

I. bezeichnet sodann die Präsidenten Kucan und Gligorow als Männer, mit denen man vernünftig reden könne.

- 6 -

67

58

Der weitere Verlauf der Dinge in Jugoslawien - so I. weiter - sei eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Er glaube jedenfalls, daß Lord Carrington eine realistische Formel gefunden habe. Wichtig sei - er wiederhole dies - die kroatische Einsicht zu wecken, daß es in einer losen jugoslawischen Gemeinschaft bleiben müsse. Dies habe übrigens Präsident Tadjman in Den Haag auch formell akzeptiert. Eine derartige Linie stehe im übrigen - so I. - nicht im Widerspruch zur Anerkennung der Unabhängigkeit. Umgekehrt sei die Unabhängigkeit Voraussetzung dafür.

Der Bundeskanzler sieht ebenfalls keine klaren Lösungsweg. Man müsse nicht nur den Waffeneinsatz stoppen, sondern auch an den Tag danach denken - wie solle es dann politisch, wie wirtschaftlich weitergehen? Gerade dann sei **Hilfe des Westens** angezeigt, aber dabei - so zeige gerade auch das Beispiel Rußlands - blieben die Deutschen ziemlich allein unter sich.

I. hofft nach dem Schweigen der Waffen auf einen "kleinen Marshall-Plan".

Der Bundeskanzler sieht nicht, daß dies jemand bezahlen wolle, vor allem angesichts der sinnlosen und mutwilligen Zerstörungen, die jetzt unternommen würden.

I. gibt dem Bundeskanzler resigniert recht: Er schäme sich, als Präsident einer jugoslawischen Republik hier zu sitzen, während in Jugoslawien Menschenleben, Kulturgüter, Infrastruktur sinnlos zerstört werde.

Andererseits habe die bereits in B-H durchgeführte **Wirtschaftsreform** (insbesondere Möglichkeit von Privateigentum) geholfen, bisher das schlimmste in der wirtschaftlichen Versorgung zu verhüten. Das alte sozialistische System wäre unter der Anspannung des Konflikts völlig zusammengebrochen. Für den Fortgang der Wirtschaftsreform und eine wirtschaftliche Gesundung B-H's brauche man jedoch so schnell wie möglich Frieden.

AM Silajdzic verweist auf die gegenwärtigen Operationen der JVA gegen Ossjek - er sei deshalb hinsichtlich der Bemühungen von Cyrus Vance nicht optimistisch.

5

Zum anderen weist er auf eine gewisse Bereitschaft deutscher Geschäftsleute zur Zusammenarbeit mit B-H hin und bittet um politisch flankierende Maßnahmen.

BM Genscher verweist erneut auf die bevorstehende EG-AM-Sitzung über "positive Maßnahmen" und sagt ferner zu, sich - im Gespräch mit dem BMWi - für die Möglichkeit von **HERMES-Bürgschaften** zugunsten deutscher Lieferungen an und Investitionen in B-H einzusetzen. Diese Entscheidung werde rasch fallen und könne dann auch veröffentlicht werden.

I. bekräftigt sein Vertrauen zur deutschen Jugoslawien-Politik. Er habe keine Vorurteile und distanzieren sich von den absurden Beschuldigungen, die in der Belgrader Presse erhoben würden. Er wisse, daß der Anti-Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland heute besonders stark sei.

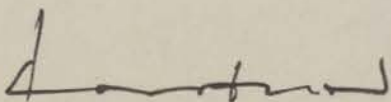
Der Bundeskanzler pflichtet bei. Die deutsche Außenpolitik sei heute viel schwieriger als vor zwei Jahren, da das vereinte Deutschland mit seinen 80 Millionen Menschen und seinem Wirtschaftspotential von seinen Nachbarn noch kritischer betrachtet werde als zuvor. Von mancher Seite würden auch geschichtliche Landenhüter wieder hervorgekramt.

Seine Antwort darauf sei die politische Einigung Europas, für die er kämpfe.

Er habe in seinen neun Jahren der Kanzlerschaft Jugoslawien immer wieder in wirtschaftlicher Bedrängnis gehoffen. Die Vorwürfe, er erstrebe eine Wiederherstellung des Zustandes von 1913, seien deshalb in der Tat absurd. Er wünsche inständig, daß die Region bald zu Frieden, Freiheit, Rechtsstaat und marktwirtschaftlicher Ordnung komme.

Der Bundeskanzler verabschiedet I. mit der Versicherung, dies sei für ihn eine sehr wichtige Begegnung gewesen - wenn alle Kollegen I.'s so wie er reagiert hätten - wäre man heute bei der Friedenssuche weiter.

Der Bundeskanzler und I. verabreden, in Kontakt zu bleiben.



(Dr. Kaestner)

mGruppenleiter 21

Bonn, den 25. November 1991

MDg Dr. Kaestner

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten von Bosnien-Herzegowina, Herrn Alia Izetbegovic Bonn, 22. November 1991, 12.00 bis 13.10 Uhr[\[1\]](#)

Gesprächsteilnehmer auf deutscher Seite:

Bundeskanzler Bundesminister Genscher

MDg Dr. Kaestner (Note-taker)

Herr Lohner (Dolmetscher)

auf bosnischer Seite:

Präsident Alia Izetbegovic,

Außenminister Dr. Haris Silajdzic,

Herr Dr. Smail Balic (Dolmetscher)

Der Bundeskanzler begrüßt Präsident Izetbegovic – sein Lebenslauf sei bemerkenswert, weil er schon in jungen Jahren für seine Überzeugungen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden ist.

Präsident Izetbegovic (I.) bestätigt, daß er mit 21 Jahren zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden sei, davon drei Jahre abgesessen habe, später in den 1980er Jahren zu 14 Jahren verurteilt und davon sieben Jahre abgesessen habe.

Der Bundeskanzler bemerkt, daß der Präsident denselben Geburtsjahrgang habe wie sein im Zweiten Weltkrieg gefallener Bruder. Er - BK - habe geglaubt, daß derartig schreckliche Dinge in Europa nicht mehr geschehen könnten.

I. erwidert, bereits jetzt geschähen schlimme Dinge und möglicherweise komme es noch schlimmer.

Gestern habe er mit Cyrus Vance, dem Sonderbeauftragten des VN-GS für Jugoslawien, gesprochen. Wenn dessen Bemühungen erfolgreich seien und die Vereinten Nationen Friedenstruppen entsenden würden, habe man Grund zur Annahme, daß es besser werde. Er stimme mit Vance überein, daß vorrangig die Einstellung der Kämpfe sei. Vance, der hierzu optimistisch sei, werde in diesen Tagen erneut versuchen, die kriegführenden Parteien zusammenzubringen und zum Waffenstillstand zu bewegen.

Er habe von Anfang an darauf bestanden, daß Blauhelme auch in Bosnien-Herzegowina (B-H) stationiert würden - und bitte die deutschen Freunde, ihn in diesem Anliegen zu unterstützen.

Denn obwohl in B-H noch kein Krieg herrsche, könne es jeden Augenblick losgehen. Wenn dies geschehe, gebe es eine schreckliche Katastrophe, der gegenüber das, was heute in Kroatien geschehe, ein Kinderspiel wäre. In B-H gebe es keine Minderheiten, sondern drei verschiedene Nationalitäten mit drei verschiedenen Religionen. Was drohe, sei deshalb ein ethnischer und zugleich Religionskrieg mit unheilvollen Konsequenzen. Deshalb sei es dringend notwendig, dieser Möglichkeit durch Entsendung eines machtvollen Blauhelm-Kontingents einen Riegel vorzuschieben.

Er habe im übrigen erfahren, daß gewisse Tendenzen bestanden und noch fortbestehen, B-H zwischen Serben und Kroaten aufzuteilen. Er bitte dringend darum, daß die Europäer sich klar dagegen aussprechen.

BM Genscher wirft ein, wir hätten den Kroaten von Anfang an mit aller Deutlichkeit gesagt, daß sie auf unsere Unterstützung rechnen könnten, jedoch nicht, wenn sie andere Republiken aufteilen wollten.

Der Bundeskanzler bekräftigt, dies habe er auch Präsident Tudjman in den letzten persönlichen Gesprächen unmißverständlich zur Kenntnis gebracht.

I. begrüßt dies sehr, weist aber darauf hin, daß der "Appetit" auf Aufteilung fortbestehe und bittet, diese dezidierte deutsche Haltung bei jeder Gelegenheit zu wiederholen.

Der Bundeskanzler sagt dies zu. Er fragt, wie I. selbst eine Lösungsmöglichkeit sehe.

I. erwidert, daß die von Lord Carrington auf der Haager Friedenskonferenz vorgelegte Plattform die Grundlage für eine Lösung sein könne. Er selbst habe zusammen mit dem Präsidenten von Mazedonien, Gligorow, einen ähnlichen Vorstoß unternommen. Kernstück sei die Achtung der bestehenden Grenzen. Auch solle nach dem Carrington-Plan ein lockerer jugoslawischer Staatsverband erhalten bleiben.

Der Bundeskanzler bezweifelt, daß eine derartige Gemeinschaft noch zustande kommt, die Slowenen würden auf keinen Fall mitmachen.

I. verdeutlicht, das eigentliche Problem sei Kroatien. Man solle ihm gut zureden, einen derartigen lockeren Verband wenigstens einstweilen zu akzeptieren, weil anders das Problem der serbischen Minderheit in Kroatien nicht entschärft werden könne.

Wenn hingegen die Kroaten Jugoslawien definitiv verließen, ergebe dies nicht nur größte Schwierigkeiten mit den verbleibenden Minderheiten, die übrigbleibenden vier Republiken selbst seien dann verurteilt, unter serbischer Hegemonie zu leiden. Ein derartiges Restjugoslawien sei praktisch Groß-Serbien. Es gebe also keine Alternative, als daß die Kroaten "bei uns bleiben".

Nicht auszuschließen sei allerdings, so I. weiter, daß auch Mazedonien ausscheide, dann wäre die Lage für B-H noch schlimmer. Seine Republik selbst habe sich kürzlich mit zwei Dritteln der Abgeordnetenstimmen für Souveränität ausgesprochen - die Serben hätten dagegen gestimmt. B-H wolle jedoch nicht den Weg in die volle Unabhängigkeit gehen, andererseits aber auch nicht in einem Staatsverband bleiben, in dem eine Nation die anderen bedrohe. Dies sei eine fatale "Umschlingung", aus der man allein nicht herauskomme.

I. bezeichnet sodann die EG-Sanktionen als notwendig und unvermeidlich, um den Krieg zu stoppen. Er bitte jedoch die Bundesregierung dringend, sich für den Schutz derjenigen Republiken einzusetzen, die am Ausbruch des Krieges nicht schuld seien und sich an den Kämpfen nicht beteiligten. Diese Republiken müsse man im Gegenteil noch mehr unterstützen. Sein mazedonischer Kollege und er selbst hätten bereits entsprechende Anträge bei der EG gestellt. BM Genscher erwidert, bei der Sitzung der EG-AM am 2./3. Dezember werde über positive Maßnahmen zugunsten der kooperierenden Republiken entschieden werden.

I. zeigt sich erleichtert, bittet aber noch einen Schritt weiterzugehen und diese Republiken nachhaltig zu unterstützen. Es gehe nicht nur um das wirtschaftliche Überleben. Bedroht sei auch der Demokratisierungsprozeß, der durch massive soziale Unzufriedenheit unterminiert werden könnte. Wenn dies eintrete, seien die Sanktionen im Endeffekt eine Stärkung des alten Systems, des Kommunismus! (I. erläutert sodann den Stand der Demokratisierung in B-H, wobei er die Unabhängigkeit der Medien hervorhebt. Demgegenüber trage die in den serbischen und kroatischen Medien praktizierte Zensur und Indoktrinierung der Bevölkerung wesentlich dazu bei, den Radikalismus zu schüren und den extremen Gruppen Zulauf zu verschaffen.)

B-H habe sich für neutral erklärt - und dies entspreche auch der Haltung der Bevölkerung. Man schicke keine Soldaten nach Serbien, allerdings ziehe die JVA aus den serbischen Bevölkerungsgebieten Leute ein, einige meldeten sich auch freiwillig.

I. bittet abschließend dringend um Medikamentenhilfe der europäischen Länder, weil die innerjugoslawische Versorgung zusammengebrochen sei.

Der Bundeskanzler erwidert, hinsichtlich der "positiven Maßnahmen" könne I. davon ausgehen, daß die EG-AM am 2. Dezember eine Entscheidung treffen würden. Die Argumente B-H's würden dabei in die Überlegungen einbezogen.

Hinsichtlich der Bemühungen von Cyrus Vance hoffe er - wie I. - auf Erfolg; wir würden auch unsererseits in jeder möglichen Weise hilfreich sein.

BM Genscher erläutert, wir hätten eine Sitzung des VN-Sicherheitsrates beantragt, die entweder am 22. oder 25. stattfinden werde.

Der Bundeskanzler fährt fort, er habe volles Verständnis für die Haltung I.'s, Wir unterstützen keine Politik, die darauf abziele, Grenzen hin und her zu verschieben. Das Problem zwischen Serbien und Kroatien sei auch nicht dadurch zu lösen, daß man ein drittes Land aufteile. Er selbst

sage allen Gesprächspartnern aus der Region, daß die Anerkennung der bestehenden

Grenzen, der Minderheitenrechte und der weiteren Prämissen, die I. genannt habe, unumgänglich sei. Wir wollten im übrigen gerne hilfreich sein, wenn es überhaupt noch eine Möglichkeit gebe, Kroaten und Serben zusammenzubekommen - allerdings sehe er gerade nach den Geschehnissen dieser Tage (Fall Vukovar) die ungeheuren psychologischen Schwierigkeiten.

In der Bundesrepublik Deutschland, in der 700.000 Jugoslawen, darunter 500.000 Kroaten lebten, sei das Thema - anders als in manchen Ländern der EG - jeden Tag präsent. Die Bundesregierung werde mit emotionalen Argumenten gedrängt, etwas zu tun. Dagegen stehe aber die psychologische und historische Situation: Die Jahre 1919 und 1941 dürften sich nicht wiederholen.

Der Bundeskanzler fragt I. nach seinen Kontakten mit den Präsidenten Tudjman und Milosevic.

I. erwidert, er sehe sie von Zeit zu Zeit im Rahmen von Tagungen, nicht bilateral. Die Kontakte seien wenig produktiv. Mit Milosevic sei ein Gesprächskontakt sehr schwer herzustellen. Er habe seine Pläne, die er - koste was es wolle - durchsetze.

Andererseits sei auch Präsident Tudjman nicht ganz aufrichtig. Er sei - offen gesagt - nicht gut genug geschliffen, um schwerwiegende politische Fehler zu vermeiden.

Der Bundeskanzler pflichtet lebhaft bei.

I. fährt fort, Tudjman habe auch keine klare Vision; vielmehr habe er - I. - den Eindruck, daß Tudjman immer stärker unter den Einfluß extremer Elemente gerate. Selbst wenn man deren Einfluß realistisch einschätze, so hätten die Dinge doch nicht den schrecklichen Verlauf nehmen müssen, der sich jetzt abzeichne. Aber die Geschichte kenne keine Experimente, gebe keine zweite Chance.

I. bezeichnet sodann die Präsidenten Kucan und Gligorow als Männer, mit denen man vernünftig reden könne.

Der weitere Verlauf der Dinge in Jugoslawien - so I. weiter - eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Er glaube jedenfalls, daß Lord Carrington eine realistische Formel gefunden habe. Wichtig sei - er wiederhole dies - die kroatische Einsicht zu wecken, daß es in einer losen jugoslawischen Gemeinschaft bleiben müsse. Dies habe übrigens Präsident Tudjman in Den Haag auch formell akzeptiert. Eine derartige Linie stehe im übrigen - so I. - nicht im Widerspruch zur Anerkennung der Unabhängigkeit. Umgekehrt sei die Unabhängigkeit Voraussetzung dafür.

Der Bundeskanzler sieht ebenfalls keinen klaren Lösungsweg. Man müsse nicht nur den Waffeneinsatz stoppen, sondern auch an den Tag danach denken - wie solle es dann politisch, wie wirtschaftlich weitergehen? Gerade dann sei Hilfe des Westens angezeigt, aber dabei - so zeige gerade auch das Beispiel Rußlands - blieben die Deutschen ziemlich allein unter sich.

I. hofft nach dem Schweigen der Waffen auf einen "kleinen Marshall-Plan".

Der Bundeskanzler sieht nicht, daß dies jemand bezahlen wolle, vor allem angesichts der sinnlosen und mutwilligen Zerstörungen, die jetzt unternommen würden.

I. gibt dem Bundeskanzler resigniert recht: Er schäme sich, als Präsident einer jugoslawischen Republik hier zu sitzen, während in Jugoslawien Menschenleben, Kulturgüter, Infrastruktur sinnlos zerstört werde.

Andererseits habe die bereits in B-H durchgeführte Wirtschaftsreform (insbesondere Möglichkeit von Privateigentum) geholfen, bisher das schlimmste in der wirtschaftlichen Versorgung zu verhüten. Das alte sozialistische System wäre unter der Anspannung des Konflikts völlig zusammengebrochen. Für den Fortgang der Wirtschaftsreform und eine wirtschaftliche Gesundung B-H's brauche man jedoch so schnell wie möglich Frieden.

AM Silajdzic verweist auf die gegenwärtigen Operationen der JVA gegen Osijek - er sei deshalb hinsichtlich der Bemühungen von Cyrus Vance nicht optimistisch.

Zum anderen weist er auf eine gewisse Bereitschaft deutscher Geschäftsleute zur Zusammenarbeit mit B-H hin und bittet um politisch flankierende Maßnahmen.

BM Genscher verweist erneut auf die bevorstehende EG-AM-Sitzung über "positive Maßnahmen" und sagt ferner zu, sich - im Gespräch mit dem BMWi - für die Möglichkeit von HERMES-Bürgschaften zugunsten deutscher Lieferungen an und Investitionen in B-H einzusetzen. Diese Entscheidung werde rasch fallen und könne

dann auch veröffentlicht werden.

I. bekräftigt sein Vertrauen zur deutschen Jugoslawien-Politik. Er habe keine Vorurteile und distanzieren sich von den absurden Beschuldigungen, die in der Belgrader Presse erhoben würden. Er wisse, daß der Anti-Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland heute besonders stark sei.

Der Bundeskanzler pflichtet bei. Die deutsche Außenpolitik sei heute viel schwieriger als vor zwei Jahren, da das vereinte Deutschland mit seinen 80 Millionen Menschen und seinem Wirtschaftspotential von seinen Nachbarn noch kritischer betrachtet werde als zuvor. Von mancher Seite würden auch geschichtliche Ladenhüter wieder hervorgekramt.

Seine Antwort darauf sei die politische Einigung Europas, für die er kämpfe.

Er habe in seinen neun Jahren der Kanzlerschaft Jugoslawien immer wieder in wirtschaftlicher Bedrängnis geholfen. Die Vorwürfe, er erstrebe eine Wiederherstellung des Zustandes von 1913, seien deshalb in der Tat absurd. Er wünsche inständig, daß die Region bald zu Frieden, Freiheit, Rechtsstaat und marktwirtschaftlicher Ordnung komme.

Der Bundeskanzler verabschiedet I. mit der Versicherung, dies sei für ihn eine sehr wichtige Begegnung gewesen - wenn alle Kollegen I.'s so wie er reagiert hätten - wäre man heute bei der Friedenssuche weiter.

Der Bundeskanzler und I. verabreden, in Kontakt zu bleiben.

(Dr. Kaestner)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59747, 62-68.

Head of Division 21

Bonn, 25 November 1991

MDg Dr. Kaestner

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with the President of Bosnia-Herzegovina, Mr. Alia Izetbegovic, Bonn, 22 November 1991, 12.00 - 13.10 Hours[\[1\]](#)

Participants on the German side:

The Chancellor

Foreign Minister Genscher

MDg Dr. Kaestner (Note-taker)

Mr. Lohner (interpreter)

on the Bosnian side:

President Alia Izetbegovic

Foreign Minister Dr. Haris Silajdzic

Dr. Smail Balic (intepreter)

The Chancellor greets President Izetbegovic - his CV was remarkable as he had already been imprisoned for his positions at a young age.

President Izetbegovic (I.) says that he had been sentenced to 10 years in prison at the age of 21 and had spent three of those 10 in prison. Later on, in the 1980s, he had been sentenced to 14 years and had spent seven of those 14 in prison.

The Chancellor says that the President was in the same birth cohort as his brother who had died in World War II. He, the chancellor, had thought that such horrific things could never again happen in Europe.

I. replies that bad things had happened, it might even get worse.

Yesterday, he had met Cyrus Vance, the UN Secretary General's special envoy for Yugoslavia. One could hope for some improvements if his efforts were successful and the United Nations would deploy peace forces. He agreed with Vance that the cessation of the fight was a priority. Vance would try again to bring the conflict parties together in the next days and was optimistic about it.

Early on, he had insisted on the deployment of UN peacekeepers in Bosnia-Herzegovina (B-H) and asked his German friends to support this request. Albeit that there was no war yet in B-H, it could start at any moment. If this happened, there would be a horrific catastrophe. Compared to it, the atrocities in Croatia would be child's play. B-H did not have minorities, but rather three different nationalities with three different religions. We were threatened by an ethnic and religious war with ominous consequences. Thus, it was acutely necessary to deploy UN peacekeepers in order to curb this.

Furthermore, he was aware of certain tendencies to divide up B-H between Serbs and Croats. His urgent plea was for the Europeans to come out against it.

Foreign Minister Genscher inserts that we had told the Croats with great clarity that they could count on our support - but not if they tried to divide up other republics.

The Chancellor affirms that he had made this unmistakably clear in his last personal conversation with President Tudjman.

I. appreciates this very much, but said that the "appetite" for partition plans continued, asking the Germans to repeat their firm position at every opportunity.

The Chancellor pledges to do this. He queries how I. himself saw possible solutions.

I. replies that the solution could be Lord Carrington's plans for a platform which he had submitted at the peace conference in The Hague. He himself had started a similar initiative in cooperation with Macedonia's President Gligorov. The core was respect for existing frontiers. The Carrington plan also envisaged a loose Yugoslavian confederation.

The Chancellor doubts that such a confederation was still possible. The Slovenes would not participate in any case.

I. reiterates that the true problem was Croatia. One had to try to coax them to accept such a conference, at least for the time being as the problem of the Serbian minority in Croatia could not be resolved in another way.

If the Croats definitively left Yugoslavia, this would not only result in difficulties with the remaining minorities: The remaining four republics would themselves be doomed to suffer under Serbian hegemony. Such a rest-Yugoslavia would practically be a greater Serbia. Thus, there was no alternative for the Croats than to "stay with us."

However, one could not exclude the possibility of Macedonia leaving as well. This would be an even worse situation for B-H. More recently, his republic came out in favor of independence with two thirds of the vote – the Serbs had been against it. But B-H did not want to go the path of full independence. On the other hand, it did not want to remain within a confederation in which one nation threatened the others. This was a fatal "clinch" from which one could not leave on their own.

I. then refers to the EC sanctions as necessary and inevitable in order to stop the war. His urgent request for the Federal government was to support those republics which had not caused the start of the war and did not participate in the battle. One had to support these republics all the more. His Macedonian colleague and he had already submitted appropriate requests with the EC.

Foreign Minister Genscher replies that the meeting of EC Foreign Ministers on 2 and 3 December would elaborate on positive measures for those republics which cooperated.

I. was relieved and asked for further steps and more sustainable support for these republics. This was not just about economic survival. The process of democratization was also threatened and could be undermined through massive social unrest. If this was the case, it would, in fact, be a strengthening of the old system of Communism (I. then depicts the state of democratization in B-H, stressing the independence of the media. In contrast, there was practically censorship in the Serbian and Croatian media, contributing to the further indoctrination of the populace, including the further rise of radicalism leading to even more support for radical groups.)

B-H had declared itself neutral. This reflected the attitude of its people. One did not send young soldiers to Serbia. However, the Yugoslavian army drafted people from Serbian settlements, some of whom went voluntarily.

Finally, I. asks for urgent medication assistance from the European countries as inner-Yugoslavian supplies had collapsed.

The Chancellor replies that with regards to "positive measures," I. could be sure that the EC's Foreign Ministers would make a decision on 2 December. B-H's arguments would be taken into consideration. With regards to the efforts of Cyrus Vance, he hoped – like I. – for success. We were ready to be helpful in every possible way.

Foreign Minister Genscher notes that we had requested a meeting of the UN Security Council, taking place either on 22 or 25 November.

The Chancellor continues saying that he fully understood I.'s position. We did not support any kind of policy aimed at moving frontiers back and forth. The problem between Serbia and Croatia could not just simply be solved by dividing up a third country.

He himself told all interlocutors from the region that it was inevitable to recognize existing frontiers, to respect minority rights and the further premises that I. had already mentioned. Moreover, we would be happy to be helpful in bringing the Croats and Serbs together, if this was at all possible. But he anticipated enormous psychological difficulties after the events of the last few days (Vukovar case).

In the Federal Republic of Germany, in contrast to some other EC countries, the issue was present every day as we had 700,000 Yugoslavians, among them 500,000 Croats. Emotional arguments were used to call the Federal government to action. The psychological and the historical situation stood against this: The years 1919 and 1941 must not be repeated.

The Chancellor asks I. about his contacts with Presidents Tudjman and Milosevic.

I. replies that he saw them from time to time at international conferences, but not at bilateral meetings. The contacts were not fruitful. It was hard to establish any kind of dialogue with Milosevic. He had his plans and wanted to push them through, and he

did not care about the costs. At the same time, President Tudjman was also not entirely honest. He was - frankly - not versed well enough to avoid severe political mistakes.

The Chancellor confirms this vividly.

I. continues saying that Tudjman did not have a clear vision. Rather, I. himself had the impression that Tudjman was becoming more and more under the influence of extreme elements. Even if one had a realistic assessment of their strength, things should not have necessarily taken the horrific development that was now in the cards. History did not know experiments, there was no second chance.

I. then refers to Presidents Kucan and Gligorov as men with whom one could talk in a sensible way.

Further developments in Yugoslavia were an equation with many unknown variables, as I. said. His hope was that Lord Carrington had found a realistic formula. He said it was important to coax the Croats into the realization that a loose Yugoslavian confederation had to be maintained. President Tudjman had formally accepted this in The Hague. Moreover, such a line did not contradict the recognition of independence. Vice versa, independence was a precondition.

The Chancellor did not envisage clear potential solutions. One had to not only stop the use of weapons but also keep in mind the day after. How should things continue politically and economically? There was a need for Western help at this point in time. But Russia's example had shown that the Federal Republic was somewhat alone in this endeavor.

I. hoped for a "small Marshall-Plan" when the weapons fell silent.

The Chancellor could not imagine that somebody was willing to pay for it, especially after all the senseless and deliberate destruction.

I. says the Chancellor was right: He was ashamed to sit here as the President of a Yugoslavian Republic while there was a senseless destruction of life, cultural goods, and infrastructure in Yugoslavia. At the same time, B-H's economic reforms had helped to avoid the worst in terms of economic supplies (particularly the opportunity for private possession). The old socialist system would have collapsed under the tensions of the conflict. However, one needed peace in order to facilitate economic recovery and the continuation of the reform agenda.

Foreign Minister Silajdzic points at the recent operations of the Yugoslavian army which were directed against Osijek. Thus, he was not optimistic with regards to Cyrus Vance's efforts.

At the same time, he pointed to the readiness of some German businesspeople to work with B-H, asking for political flank protection in support of this.

Foreign Minister Genscher again refers to the upcoming EC Foreign Ministers session on "positive measures," pledging that he would - in coordination with the Ministry of Economics - endorse German HERMES credit guarantees in support of German supplies and investments in Bosnia. This decision would be taken fast and could be published as well.

I. affirms his trust in Germany's policy toward Yugoslavia. He did not have any bias and distanced himself from the absurd accusations made in Belgrade's press. He knew that anti-militarism was especially strong in the Federal Republic.

The Chancellor confirms this. Today, Germany's foreign policy was in a much more difficult situation than it used to be two years ago. United Germany and its populace of 80 million and its economic potential was viewed even more critically from its neighbors in comparison to previous times. Some sides were even pulling out some historical leftovers again.

His response was Europe's political integration, for which he fought.

During his nine-year tenure as Federal Chancellor, he had repeatedly been helping Yugoslavia in its economic distress. Thus, it was, indeed, absurd to accuse him of wanting to establish the pre-1913 conditions. His urgent wish was peace, the rule of law, and the emergence of market economies in the entire region

The Chancellor says goodbye, assuring I. that his had been a very important meeting for him. If all of their colleagues had reacted such as I., we would be much further in

our search for peace.

The Chancellor and I agree to keep in touch.

(Dr. Kaestner)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59747, 62-68.